

RB113
4150 Bürgschaftserklärung

Bürgschaftsurkunde

Das Eisenbahnverkehrsunternehmen (EVU)

Name, Anschrift

und der

Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig
Emilienstraße 15
04107 Leipzig

- nachfolgend Auftraggeber -

haben folgenden Vertrag geschlossen:

Vertrag über die Erbringung von SPNV-Leistungen RB113

**Dok.
RB113_4000_Verkehrsvertrag**

- nachfolgend der „Vertrag“ -

Nach den Bedingungen dieses Vertrages hat das EVU Sicherheit für alle Ansprüche des Auftraggebers gegen das EVU aus dem Vertrag in Form einer Bürgschaft zu leisten.

Der Bürge

Name, Anschrift

übernimmt hiermit zugunsten des Auftraggebers zur Sicherung sämtlicher gegenwärtiger, künftiger, bedingter und unbedingter Forderungen, die dem Auftraggeber gegen das EVU aus oder im Zusammenhang mit dem Vertrag zustehen, eine selbstschuldnerische, unbedingte und unwiderrufliche Bürgschaft nach deutschem Recht und verpflichtet sich, jeden Betrag bis zu einer Gesamthöhe von

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX€

an den Auftraggeber zu zahlen. Auf die Einreden der Anfechtbarkeit, der Aufrechenbarkeit sowie der Vorausklage gemäß §§ 770, 771 BGB wird verzichtet. Der Verzicht auf die Einrede der Aufrechenbarkeit gilt nicht für unbestrittene oder rechtskräftig festgestellte Gegenforderungen des Hauptschuldners. Der Auftraggeber darf geleistete Zahlungen zunächst auf den Teil seiner Forderungen anrechnen, der den verbürgten Höchstbetrag übersteigt. Von den Verpflichtungen aus dieser Bürgschaft kann sich der Bürge nicht durch Hinterlegung befreien.

Die Bürgschaft ist mindestens drei Jahre ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens der Bürgschaft gültig, d.h. bis zum [Datum einfügen], und verlängert sich danach jeweils automatisch um ein Jahr, es sei denn, der Bürge teilt dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer spätestens acht (8) Wochen vor Ablauf der Gültigkeitsdauer bzw. dem jeweiligen Verlängerungszeitraum schriftlich mit, dass der Verlängerung der Bürgschaft widersprochen wird, wobei die Fristberechnung mit dem Tag des Zugangs bei dem Auftraggeber bzw. Auftragnehmer – je nachdem, wem die Mitteilung über die Nichtverlängerung zuletzt zugeht – beginnt. Kommt der Auftragnehmer seiner vertraglichen Verpflichtung zur Gestellung

einer Ersatzbürgschaft gemäß § 24 Abs. (1) des Vertrages nicht oder nicht rechtzeitig nach, verpflichtet sich der Bürge, Zahlung auf erstes Anfordern aus der Bürgschaft zu leisten, sobald der Auftraggeber dies verlangt. Die Bürgschaft ist mit Beendigung des Vertrags zurückzugeben, es sei denn zu diesem Zeitpunkt bestehen noch zu sichernde Ansprüche des Auftraggebers gegen das EVU aus dem Vertrag. In diesem Fall ist die Sicherheit dann zurückzugeben, wenn keine zu sichernde Ansprüche mehr bestehen.

Die Bürgschaftsforderung verjährt nicht vor der gesicherten Hauptforderung. Nach Abschluss des Bürgschaftsvertrages getroffene Vereinbarungen über die Verjährung der Hauptforderung zwischen dem Auftraggeber und dem EVU sind für den Bürgen nur im Falle seiner schriftlichen Zustimmung bindend.

Änderungen und Ergänzungen dieser Bürgschaft bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch für den vollständigen oder teilweisen Verzicht auf das Schriftformerfordernis. Das Schriftformerfordernis kann nicht durch die elektronische Form ersetzt werden.

Diese Bürgschaft sowie Streitigkeiten aus ihr unterliegen deutschem Recht unter Ausschluss solcher Regelungen, die auf eine fremde Rechtsordnung verweisen.

Gerichtsstand ist Leipzig, Deutschland.

Ort, Datum

Unterschriften
